

Die Angelobung der tschechischen Gemeinderäte.**Die Rechtsverwahrung der Christlichsozialen.**

Die in der ersten Geschäftssitzung des neuen Gemeinderates vom StR. Dr. Rienböck namens der Christlichsozialen eingebrachte Rechtsverwahrung gegen das doppelsprachige Gelöbnis der tschechischen Vertreter im Gemeinderate wurde in der heutigen Stadtratsitzung eingehend besprochen. Es wurde beschlossen, einen fachmännischen Ausschuß, bestehend aus den Juristen des Stadtrates und einem Vertreter des Magistrats, einzusetzen, der dem Stadtrat einen Bericht über die Rechtslage zu erstatten habe. Die Christlichsozialen sind durch StR. Dr. Rienböck vertreten.

Zum Gegenstand sprachen u. a. die Stadträte Baugoin und Müller, der für eine künftige Abänderung des Gemeindevahlrechtes den Vorschlag machte, alle jene Personen vom Wahlrecht auszuschießen, die nicht in einer Gemeinde Deutschösterreichs heimatrechtigt sind. Es habe sich nämlich bei den vergangenen Wahlen gezeigt, daß zehntausende Ausländer vor den Wahlen die Staatsbürgerschaft erwarben, um das Wahlrecht zu besitzen, die aber nie an eine Zuständigkeit in Wien oder Deutschösterreich denken. Viele davon, heißt es in der Begründung weiter, hätten nur deshalb tschechisch gewählt, weil ihnen im andern Falle mit der Abnahme des Passes und der Einstellung der Lebensmittelreisen nach Tschechien gedroht wurde.

Der tschechische Vertreter im Stadtrat Sirotek erklärte, er finde es unerträglich, daß er und seine Parteigenossen den deutschen Charakter der Stadt anerkennen sollen, in der seiner Phantasie nach 400.000 (!) Tschechen wohnen.

Das letzte Wort in der Angelegenheit wird der oben genannte Ausschuß sprechen.